

Inhaltsverzeichnis

Helmut Schulze-Fielitz

Reaktionsmöglichkeiten des Rechts auf wissenschaftliches Fehlverhalten

I. Problemstellungen	1
1. Aktualität und Regelungskontext	1
2. Ambivalenzen und Differenzierungen des Problemfeldes	3
a) Eigengesetzlichkeit von Wissenschaft	3
b) Universitäre und außeruniversitäre Forschungslandschaft	4
c) Fachwissenschaftliche Schwerpunktverteilung	5
d) Gemengelage von moralischer und rechtlicher Problemstellung	6
e) Diskrepanzen zwischen Tatbestand und Rechtsfolge	7
f) Reaktionen des Rechts zwischen Rechtsdogmatik und Rechtspolitik	8
3. Der weitere Argumentationsgang	8
II. Empirische Bestandsaufnahme:	
Typologie wissenschaftlichen Fehlverhaltens	8
1. Vorüberlegungen: Typologisierung als Problem	8
2. Fehlverhalten generierende Konflikte in Forschergruppen	10
a) Mängel in der Leitungsverantwortung	10
b) Zugang zu Forschungsmaterial und gruppeninterne Konflikte	11
c) Forschungsbehinderungen	12
3. Probleme der Autorschaft	14
a) Autor- und Urheberschaftsprobleme	14
b) Plagiate und Ideendiebstahl	18
4. Fehlverhalten im Umgang mit Forschungsdaten	20
a) Dokumentationsdefizite	20
b) Datenmanipulation und Datenfälschung	20
c) Rechte an und Missbrauch von Daten	21
5. Organisations- und verfahrensfehlerhaftes Verhalten	22
a) Falschangaben	22
b) Verschweigen von Interessenkonflikten	23
c) Befangenheiten	23
d) Kompetenzmissbrauch	24

6. Wissenschaftliches Fehlverhalten in Prüfung, Lehre und Betreuung	24
a) Prüfung und Lehre	24
b) Betreuung von Qualifikationsarbeiten	25
7. Ausgrenzungen	26
8. Bilanz: Maßstabentwicklung als Prozess der Wissenschaftspraxis	27
III. Reaktionsmöglichkeiten des Rechts: Problemebenen	28
1. Traditionelle Problemstellungen: Straf-, zivil-, arbeits-, disziplinar- oder verwaltungs- rechtliche Sanktionen	28
2. Neuartige Fragestellungen für das Wissenschaftsrecht	30
a) Wissenschaftsspezifische Charakteristika der neuen Selbstkontrollen	30
b) Alte Problemebenen: Organisation – Verfahren – Sanktionen ...	30
3. Funktionsvoraussetzungen für neue Reaktionsweisen	31
a) Institutionelle Glaubwürdigkeit	31
b) Unentbehrlichkeit von Whistleblowern	32
c) Eignung von Ombudspersonen	34
IV. Organisationsrechtliche Prävention	34
1. Organisatorische Gründe für Fehlverhalten	34
2. Wissenschaftliche Organisationsverantwortung	35
3. Präventive Organisationsgestaltung	35
4. Transparenz als Gestaltungsprinzip	36
V. Wissenschaftsadäquate Verfahrensgestaltung	38
1. Ombudspersonen und Untersuchungskommissionen: Unterschiede	39
2. Organisationskonkurrenzen	40
3. Eigengesetzlichkeit der Ombuds- und Untersuchungs- verfahren	41
4. Folgerungen für die Ausgestaltung der Verfahren	43
a) Keine unmittelbare Anwendbarkeit des VwVfG	43
b) Einleitung von Amts wegen?	44
c) Vertraulichkeit, Fairness, Transparenz	44
d) Öffentlichkeit des Verfahrensergebnisses	46
5. Immanente Grenzen der Verfahren und ihre Gefährdung ...	47
VI. Sanktionierung wissenschaftlichen Fehlverhaltens	49
1. Sanktionierung als „Achillesferse“	49
2. Wissenschaftsfreiheit als Bastion gegen verhältnismäßige Sanktionen?	50

a) Der weite Schutzbereich	50
b) Beschränkungen als In-Sich-Konflikt	51
3. „Harte“ Sanktionen und Gesetzesvorbehalt	53
4. „Weiche“ Sanktionen ohne gesetzliche Regelungen	53
a) Sanktionswirkungen durch die Verfahren als solche	53
b) Öffentlichkeit als Sanktionsinstanz	54
c) Sonstige Sanktionen	56
VII. Inkurs: Das Wissenschaftsplagiat in Doktorarbeiten	
als Beispiel	57
1. Ansätze organisationsrechtlicher Prävention	57
a) Strukturierte Promotionen	57
b) Eidesstattliche Versicherungen im Vertrauensverhältnis?	58
c) Verpflichtung zur Plagiats-Software	59
d) Zweifelhafte Patentrezepte	60
2. Feststellung von Plagiaten: Tatbestandsprobleme	61
3. Sanktionierung von Plagiaten: Rechtsfolgeprobleme	65
VIII. Fazit: Differenzierung als rechtsstaatliches Gebot	66

Silja Vöneky

Ethische Standards im Wissenschaftsrecht

I. Einleitung – die Ethisierung des Wissenschaftsrechts	68
II. Begriffsbestimmungen und theoretisches Verhältnis	
von Ethik und Recht	71
1. Ethische Standards <i>versus</i> rechtliche Normen	71
2. Ethische Mindeststandards wissenschaftlichen Handelns	
<i>versus</i> ethische Verantwortungsstandards wissen-	
schaftlichen Handelns	72
3. Notwendigkeit und Grenzen der Begründetheit und	
Begründbarkeit überpositiver ethischer Standards	76
III. Ethische Standards im Wissenschaftsrecht	79
1. Zulässigkeit ethischer Öffnungsklauseln	79
2. Zulässigkeit von Ethikkommissionen	86
3. Zulässigkeit von Ethikkodizes	91
IV. Schlussbetrachtung	95

Klaus Ferdinand Gärditz

Innovative Tierversuche zwischen Wissenschaftsethik
und Wissenschaftsfreiheit

I. Problemstellung	97
1. Moral und Ethik im Recht als Rezeptionsproblem	98
2. Tierethische Abwägungsprozesse im Tierschutzrecht	99
3. Der Schutz der Eigenrationalität des Rechts gegenüber ethischen Argumenten	101
II. Verfassungsrechtliche Koordinaten	101
1. Staatsziel Tierschutz – eine problematische Verfassungs- bestimmung	102
a) Tierschutz und ökologische Nachhaltigkeit – ein nicht konfliktfreies Nebeneinander	103
b) Punktualität und Instrumentalität des Tierschutzes	104
2. Gewaltengliederung und Vorbehalt des Gesetzes – vom Staatsziel Tierschutz unangetastet	105
a) Die Neutralität des Staatsziels Tierschutz gegenüber der funktionalen Kompetenzverteilung	106
b) Der demokratische und rechtsstaatliche Vorbehalt des Gesetzes	107
c) Konsequenzen für die Auslegung des Tierschutzgesetzes	109
aa) Grenzen der Normierbarkeit und Prärogative des Forschers	109
cc) Zwischenergebnis	110
bb) Autonomie der ethischen Vertretbarkeit im Rechtssinne ..	111
3. Grundrechtsverträglicher Tierschutz – nicht tierschutzverträglicher Grundrechtsschutz	112
4. Folgerungen für einen Genehmigungsanspruch auf wissenschaftliche Tierversuche	115
a) § 8 Abs. 3 TierSchG als präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	115
b) Das Primat der ethischen Bewertung durch den Forscher	116
aa) Plausible Darlegung als Genehmigungserfordernis	116
bb) Vergleichsfall Stammzellgesetz	119
cc) Keine weitergehende gerichtliche Kontrolle	119
III. EU-Tierschutzrichtlinie	120
1. Mangelnder Binnenmarktbezug	121
2. Tierethisch begründete Verfahrensregelungen und Kontrollmaßstäbe	123
3. Unionsgrundrechtliche Grenzen	125
IV. Schluss	127